



Es gibt kein Anzeichen für schwarze Zahlen bei Opel

GM Europe und die deutsche Tochter stecken noch tief in Verlusten. Dudenhöffer: Gewinne frühestens wieder 2012 zu erwarten.

VON ROLF OBERTREIS

Frankfurt. Ob sich die Opel-Manager selbst über die aktuelle wirtschaftliche Lage wirklich im Klaren sind, weiß niemand. Am Montag jedenfalls ließen sie durch einen Sprecher die Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der FDP strikt zurückweisen. Danach hat die Adam Opel GmbH seit 2003 keine schwarzen Zahlen mehr geschrieben, sondern insgesamt Verluste von 1,861 Milliarden Euro angehäuft. Stimmt nicht, heißt es in Rüsselsheim. Entscheidend seien die Zahlen von General Motors Europe, für die zu 95 Prozent Opel und die britische Schwestermarke Vauxhall verantwortlich sind. GM habe in Europa 2006, 2007 und im ersten Halbjahr 2008 Gewinne erzielt, so der Opel-Sprecher. Anfang Juni allerdings hatte GM für das Europageschäft einen Betriebsverlust von 2,8 Milliarden Dollar oder umgerechnet 1,9 Milliarden Euro

gemeldet – fünf Mal mehr als ein Jahr zuvor, als es 524 Millionen Dollar waren.

Auf diese Zahlen ging der Opel-Sprecher am Montag nicht ein. Zahlen für die Adam Opel GmbH mit den deutschen Werken in Rüsselsheim, Bochum, Kaiserslautern und Eisenach für das Jahr 2008 liegen noch nicht vor. Auch die GmbH-Bilanz für 2007 wurde erst im August 2008 im Bundesanzei-

ger veröffentlicht: Danach belief sich der Verlust für 2007 auf 362,3 Millionen Euro nach 716,2 Millionen Euro im Jahr zuvor. 2005 lag das Minus bei 68,2 Millionen Euro. Insofern scheinen die Angaben der Bundesregierung über einen Gesamtverlust der Jahre 2003 bis 2007 für die Adam Opel GmbH von 1,861 Milliarden Euro schlüssig. Damit hat Opel in dieser Zeit im

Schnitt mit keinem der verkauften Autos Geld verdient. Dies gilt für GM Europe zumindest für die Jahre 2007 und 2008. Auch im laufenden Jahr liegen Opel und GM Europe tief in den roten Zahlen. Und dies obwohl Opel die Verkäufe in Deutschland im ersten Halbjahr um 27 Prozent auf rund 187 000 steigern konnte.

Auch nach Angaben des hessischen Ministerpräsidenten Roland

Koch fährt das Unternehmen aktuell jeden Tag Verluste von drei Millionen Euro ein. Auf das Jahr hochgerechnet wären das 1,1 Milliarden Euro. Früheren Angaben zufolge sollen Opel und Vauxhall 2009 vor Zinsen und Steuern sogar mit drei Milliarden Dollar oder umgerechnet rund 2,1 Milliarden Euro ins Minus rutschen.

Der Automobil-Experte Ferdinand Dudenhöffer rechnet einer Studie aus dem Frühjahr zufolge für eine europäische Opel-Gesellschaft mit den Marken Opel und Vauxhall in diesem Jahr sogar mit einem Verlust von 2,5 Milliarden Euro bei 1,24 Millionen verkauften Autos. Im nächsten Jahr soll das Minus auf zwei Milliarden Euro zurückgehen. Erst 2012 wäre den Berechnungen Dudenhöffers zufolge wieder ein Betriebsgewinn in Höhe von 515 Millionen Euro möglich, aber nur wenn Opel und Vauxhall die Verkäufe dann auf knapp 1,6 Millionen Autos steigern können.

Endspurt im Übernahme-Poker: Drei Angebote liegen auf dem Tisch

Der Endspurt um die Übernahme des Autobauers Opel hat gestern einen neuen Höhepunkt erreicht. Nach einem Ultimatum der Opel-Mutter General Motors reichten alle drei Bieter unterschrittsreife Vertragsentwürfe bei dem US-Konzern ein.

Sowohl der belgische Finanzinvestor RHJ International als auch der kanadisch-österreichische Zulieferer

Magna liegen im Bieter-Wettstreit noch gut im Rennen. Dem chinesischen Hersteller BAIC wurden zuletzt wenig Chancen eingeräumt.

Am Mittwoch präsentiert GM der Bundesregierung und den Landesregierungen mit Opel-Standorten die Vertragsentwürfe; gleichzeitig gibt der US-Konzern seine Präferenz vor.

Vor Ende Juli entscheidet die

Opel-Treuhand, welcher Bieter den Autobauer übernimmt. Die Treuhand hält 65 Prozent der Anteile an Opel. Im Beirat unter Vorsitz des Präsidenten der US-Handelskammer AmCham, Fred Irwin, sitzen zwei Vertreter von GM, einer vom Bund und einer der Länder. Irwin will nicht abstimmen, deshalb müssen sich GM und die deutsche Politik vorab einigen, um eine Pattsituation zu vermeiden. (dpa)

Drohen der IT neue Gewitter?

Noch ist unklar, ob die Informationstechnologie den Durchbruch geschafft hat. In dieser Woche beginnt weltweit die Saison der Quartalsberichte.

VON CHRISTOF KERKMANN UND DANIEL SCHNETTLER

Hamburg. Ist das Gewitter überstanden? Oder zieht eine weitere Wolkenfront über die IT-Branche hinweg? Zum Auftakt der Quartalsberichtssaison ist noch nicht klar, ob den Hightech-Konzernen die erhoffte Aufklärung bevorsteht – oder ob die Aussichten düster bleiben. Während die Platzhirsche IBM und Intel Ende vergangener Woche die Börsianer mit guten Zahlen in heitere Stimmung versetzten und Gartner-Analyst Richard Gordon von „Zeichen der Milderung“ sprach, verheißt andere Indikatoren weitere stürmische Monate.

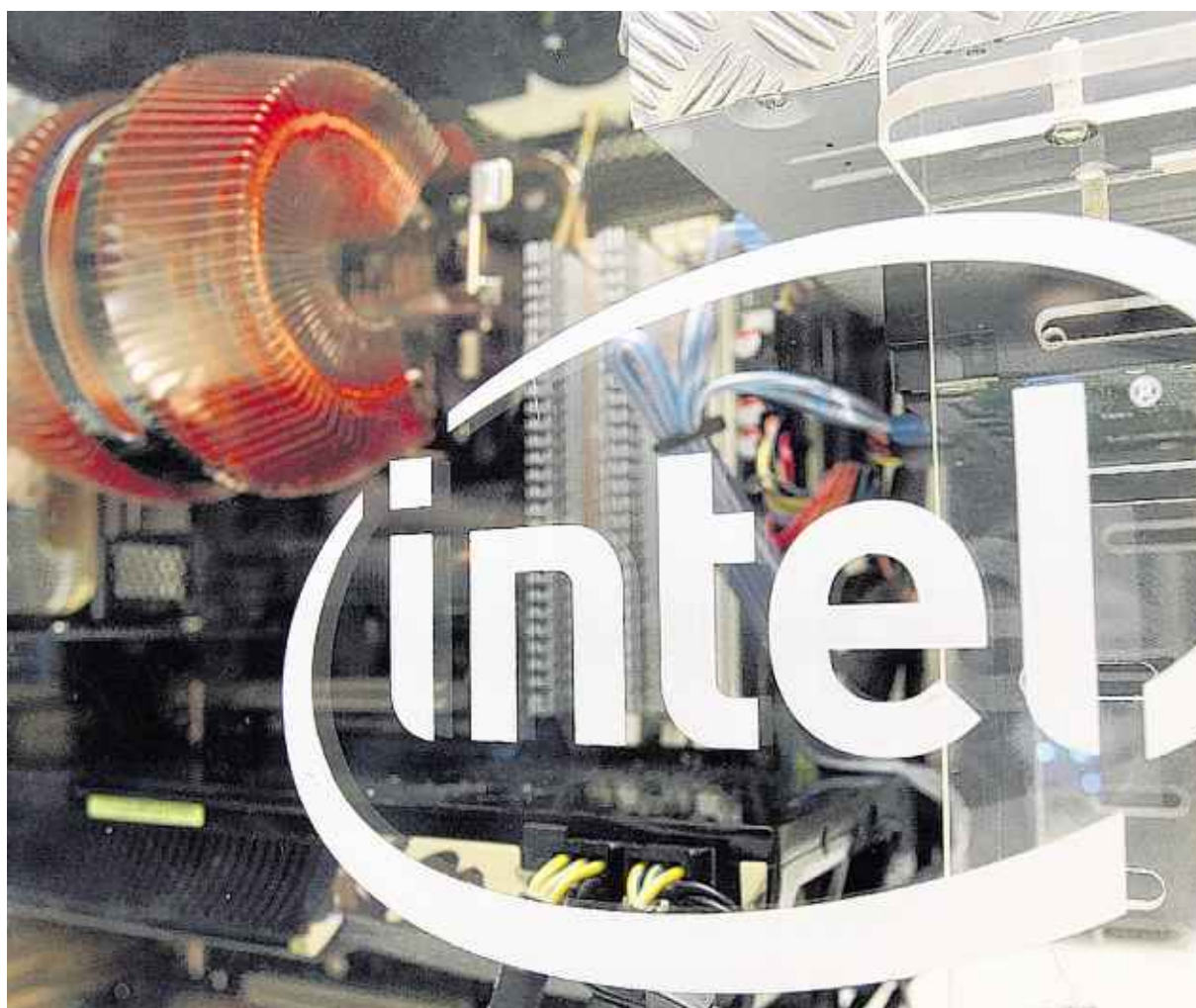
Besonders wüst ging es zu Jahresbeginn in der Halbleiter-Branche zu: Umsatzverluste von einem Drittel und mehr waren eher die Regel als die Ausnahme. Doch im zweiten Quartal ging es allenthalben wieder aufwärts, was einige Fachleute angesichts der Anwendung von Chips in allen Lebensbereichen gleich als Zeichen für ein baldiges Ende der Wirtschaftskrise deuteten. Besonderes Gewicht hat der weltgrößte Chiphersteller Intel, der sein Geld vor allem mit Computerprozessoren verdient. Der PC-Markt helle sich auf, stellte Unternehmenschef Paul Otellini fest und sprach damit die erlösenden Worte.

Zum Wochenbeginn will der Wettbewerber Texas Instruments Bilanz ziehen, dessen Chips sich in nahezu allen Geräten des tägli-

chen Bedarfs wiederfinden – von der Waschmaschine bis zum Fernseher. Bereits vor einem Monat deutete das Unternehmen an, dass die schwere Zeit vorüber ist. Der deutsche Konkurrent Infineon schaffte es von April bis Juni operativ immerhin aus den roten Zahlen. Das ging aber auf Kosten der Mitarbeiter.

Branchenweit mussten Tausende Menschen gehen, Prozessorenprimus Intel hat sogar ganze Werke dichtgemacht. Auch der direkte Rivale und ewige Zweite AMD hat einen harten Sparkurs eingeschlagen. In Gefolge der Hardware-Hersteller blickt auch Microsoft gespannt auf den PC-Markt. Der Konzern macht einen Großteil seines Gewinns mit Betriebssystemen sowie Büro-Programmen – wenn die Kunden aber keine neuen Geräte aufstellen, kaufen sie auch weniger Software-Lizenzen. Wenn die Windows-Macher am Donnerstag ihre Zahlen vorstellen, dürfte der Ausblick aber besser ausfallen als der Rückblick: Neben besseren PC-Verkäufen zum Jahresende hofft Microsoft auch auf einen Blitzstart seines neuen Betriebssystems Windows 7 im Oktober. Die ersten Rezensionen fielen wohlwollend aus.

Dass man mit Software und darum herum gestrickten Dienstleistungen auch in der Krise gutes Geld verdienen kann, hat IBM eindrucksvoll bewiesen. Der Schwenzug von der Hardware hin zur Software bescherte dem Computer Urgestein im zweiten Quartal ein



Unklare Aussichten: Während Platzhirsch Intel in der letzten Woche mit guten Quartalszahlen überraschte, rätseln die Experten über die Ergebnisse der Konkurrenz, die in den nächsten Tagen folgen. Foto: dpa

sattes Ergebnisplus und verleitete die Konzernoberen gar dazu, ihre Erwartungen an das restliche Jahr hochzuschrauben.

Davon können die Handyhersteller nur träumen. Für sie ist der berühmte Silberstreifen am Horizont noch lange nicht in Sicht. Nokia und Sony Ericsson stellten in der vergangenen Woche desaströse Zahlen vor – der Absatz der Finnen brach um 15 Prozent ein, das schwedisch-japanische Unternehmen verkaufte sogar 40 Prozent weniger als im Vorjahresquartal. Nokias Gewinn ging um ein Viertel zurück, Sony Ericsson ist tief in

den roten Zahlen. Und beide hielten an ihren pessimistischen Prognosen für 2009 fest.

Die schwachen Zahlen haben sich beide Unternehmen aber teils selbst zuzuschreiben: Sie haben nicht rechtzeitig auf das Geschäft mit Smartphones gesetzt. Die kleinen Alleskönner werfen hohe Margen ab, wie eine Studie der Deutschen Bank zeigt. Apple und Research in Motion verkaufen demnach zusammen zwar nur drei Prozent aller Handys weltweit, erzielen mit ihren hochgezeigten iPhone- und BlackBerry-Geräten aber satte 35 Prozent des operati-

ven Gewinns. So könnte es gut passieren, dass Apple am Mittwochabend wieder die Börsianer entzückt.

Dass ein Umsatz- und Gewinnwachstum aber selbst in Krisenzeiten nicht immer ausreicht, um die Börsianer zufriedenzustellen, hat Suchmaschinen-Gigant Google in der vergangenen Woche schmerzlich zu spüren bekommen. Für die Fachleute wuchs das erfolgsvorwähnte Unternehmen im vergangenen Quartal einfach zu langsam – schlechte Vorzeichen für den Rivalen Yahoo, der sich am Dienstag dem Markt offenbart. (dpa)

Kreditklemme? Die Kanzlerin setzt auf sanften Druck

... und wartet zunächst mal ab. Eine „Zwangskapitalisierung“ der Banken ist nicht geplant. Deren Zögern stößt auf Unverständnis.

VON RASMUS BUCHSTEINER

Berlin. Angela Merkel ist viel unterwegs in diesen Tagen. Die Sorge vor einer Kreditklemme, die Wut des Mittelstandes über die Banken und deren Zurückhaltung – dieses Thema begleitet Merkel, wo die Kanzlerin auch Station macht. Will sie es weiter nur bei Appellen an die Banken belassen? Oder soll mit neuen gesetzlichen Regelungen der Druck auf die Banken erhöht werden? Berichte, die Regierung plane eine „Zwangskapitalisierung“ der Banken, um die Kreditversorgung zu gewährleisten, wurden gestern zurückgewiesen.

Die Wirtschaft wartet bereits seit längerem. „Immer mehr Unternehmen fehlt es an Liquidität. Häufig bekommen sie notwendige

Kredite aber nicht, weil die Anforderungen an die Sicherheiten gestiegen sind“, erklärte Hans Heinrich Driftmann, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), gestern. Dass die Banken immer noch bei der Kreditvergabe zögern und mehr Sicherheiten verlangen als früher, stößt bei vielen im Mittelstand auf wenig Verständnis: Im Exportbereich würden schließlich viele Industrieunternehmen wieder Auftragszuwächse verzeichnen. Das aber werde zu wenig berücksichtigt. „Viele Kreditinstitute schauen derzeit offensichtlich zu sehr in den Rückspiegel und sehen, dass dort in den letzten Monaten die Umsätze weggebrochen sind“, kritisiert Driftmann. Die für einen Aufschwung in Deutschland

notwendige Vorfinanzierung von Aufträgen werde mit diesem Argument oftmals abgeblockt.

Noch wartet Angela Merkel ab. Noch hält sich die Bundesregierung zurück. Vor einiger Zeit hatte Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) den Instituten bereits „nie da gewesene Maßnahmen“ angedroht, sollte die Kreditvergabe an Unternehmen weiter stocken. Doch vorerst belassen es Merkel, Steinbrück & Co offenbar dabei, mögliche Maßnahmen zu prüfen. Erst einmal wolle man die Banken bei den Bilanzierungsregeln entlasten, hieß es gestern. So werde „erhebliches Eigenkapital“ für die Kreditvergabe frei. „Ich appelliere an die Kreditinstitute, bei der Beurteilung der Kreditwürdigkeit die Geschäftsaussichten der

Unternehmen höher zu gewichten als bisher. Die konjunkturelle Erholung darf nicht schon im Frühstadium abgewürgt werden“, so DIHK-Präsident Driftmann.

Alles Weitere will Merkel nach der Sommerpause mit hochrangigen Bankenvertretern besprechen – bei einer Art Bankengipfel am 1. September. 42,4 Prozent der Unternehmen stuften laut Ifo-Institut die Kreditvergabepraxis der Banken im Juni als restriktiv ein. „Wenn kein Fortschritt zu sehen ist, werden wir mit den Banken ein ernstes Wort reden“, hatte Merkel angekündigt. Muss die Regierung nachsteuern? „Zwangshilfen für Banken sehe ich skeptisch. Der Staat ist nicht der bessere Banker“, betont Driftmann. Die Politik solle „jetzt nicht ihre eigenen

Maßnahmen schlecht reden“. Die Institute müssten „die vielfältigen Hilfsangebote“ jetzt allerdings auch nutzen.

Die Banken und ihre Interessenvertreter reagieren mit diplomatischer Zurückhaltung auf die neuen Debatten. „Wir nehmen die Sorgen der Unternehmen sehr ernst“, erklärte Manfred Weber, geschäftsführender Vorstand des Bundesverbandes deutscher Banken, gestern. „Gleichwohl dürfen die Banken nicht einfach blauäugig Kredite vergeben, sondern müssen sich die Risiken sehr genau anschauen und prüfen, ob sie auch tragbar sind – insbesondere langfristig.“ Man wisse jedoch, wie wichtig es für die deutsche Wirtschaft sei, „dass die Kreditvergabe nicht einfach verstiegt“.

ANGEMERKT



► ULRICH KÖLSCH

Klagen auf höchstem Niveau

Die Nation war erschüttert und zu Tränen gerührt, als Quelle-Erbin Madeleine Schickedanz am Montag in den Medien ihr Herz ausschüttete und ihre Existenzängste offenbarte. Milliarden habe sie durch die Arcandor-Krise verloren, klagte sie vor der Kamera im dicken Fauteuil sitzend, der offenbar nicht von Ikea stammt. Man kaufe sogar schon beim Discounter ein, um die Familie mit 500 bis 600 Euro im Monat durchzubringen. Nun hat in unserer bunten Medienwelt jeder das Recht, sich so zu blamieren, wie er mag. Aber was die Quelle-Erbin da bot, war nicht nur Klagen auf höchstem Niveau, sondern schlichtweg peinlich. Das zeigte sich auch in der Reaktion mancher Leser, die spontan anriefen und sich nach einem Spendenkonto für die vom Schicksal geschlagene Dame aus Fürth erkundigten. Aber sie seien getröstet. Ihr bleiben noch einige Millionen – und der Wohnsitz in St. Moritz und die Ferienhäuser in Frankreich und Spanien sind auch nicht von Pappe. Vielleicht greift die Dame bei der Bestreitung ihres Lebensunterhalts verstärkt auf den Quelle-Katalog zurück, wenn sie denn einen erhalten hat. ► u.koelsch@zeitungsverlag-aachen.de

KURZ NOTIERT

US-Finanzierer CIT vorerst gerettet

New York. Der für die US-Wirtschaft bedeutende Finanzierer CIT hat seine drohende Insolvenz laut US-Medien in letzter Minute abwenden können. Der Mittelstandsfinanzierer habe mit wichtigen Gläubigern einen Notkredit von drei Milliarden Dollar (2,1 Mrd. Euro) ausgehandelt – darunter auch die Allianz-Tochter Pimco. Das Unternehmen solle nun ohne Insolvenzverfahren saniert werden, berichteten Medien am Montag. CIT versorgt rund eine Million US-Firmen mit Krediten. (dpa)

Deutsche Kurse mit freundlicher Tendenz

Frankfurt. Bei anhaltend guter Stimmung auf dem Börsenparkett haben die wichtigsten deutschen Aktienindizes am Montag an ihre jüngsten Kursgewinne angeknüpft. Der DAX endete mit plus 1,04 Prozent bei 5030,15 Zählern und schloss damit erstmals seit dem 12. Juni wieder über der 5000-Punkte-Marke. In der Vorwoche hatte der DAX bereits um fast neun Prozent zugelegt. Der MDAX mittelgroßer Werte startete mit einem Aufschlag von 1,61 Prozent auf 5997,66 Zähler in die neue Woche. (dpa)

Pellengahr verlässt Spitze des HDE

Berlin. Der Sprecher des Hauptverbands des Deutschen Einzelhandels (HDE), Hubertus Pellengahr, übernimmt zum 31. Dezember 2009 die Geschäftsführung der arbeitgebernahen Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Wie der HDE am Montag mitteilte, fällt der Wechsel mit einer Neuausrichtung des HDE zusammen, der dann als einziger Spitzenverband den gesamten deutschen Einzelhandel repräsentieren werde. Die Initiative wurde im Jahr 2000 von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie gegründet. (ddp)